

Rassistische Stereotypen in Berichterstattung über das Frankfurter Bahnhofsviertel

Protest gegen den Beitrag in der Hessenschau vom 28.6.2020. (www.hessenschau.de/tv-sendung/bahnhofsviertel-nach-lockdown,video-125950.html)

Offener Brief an den Hessischen Rundfunk/Hessenschau

Der Förderverein Roma und das Hausprojekt Nika protestieren entschieden gegen den hessenschau-Beitrag „Bahnhofsviertel nach Lockdown“ vom 28.06.20 der Autorinnen Ana Radic und Katharina Schol.

Hier unsere Kritik:

Die Anmoderation zum hessenschau-Beitrag anlässlich der Petition der RestaurantbesitzerInnen stimmt die ZuschauerInnen auf „Junkies“ im „berühmt-berüchtigten“ Bahnhofsviertel ein, auf Zustände die „Angst machen“.

Doch gleich in den ersten beiden Einstellungen wird eine Gruppe unkenntlich gemachter Personen und eine Frau im langen Rock gezeigt: Damit ist die Minderheit der Roma bereits markiert. Daran geschnitten der O-Ton eines Restaurantbetreibers „Wir haben Angst ...“. Dann folgen verschiedene Kameraeinstellungen, undeutlich, abgebrochene Schwenks, immer wieder unkenntlich gemachte Leute, eine Frau, die auf Taschen am Rande des Bürgersteigs sitzt und in ihrer Kleidung nicht den deutsch-Deutschen zuzuordnen ist.

Was als Personenschutz durch Unkenntlichmachung daherkommt, dient als Kennzeichnung: Das sind die Menschen, die „Probleme“ machen. Das diffuse Szenario der Bedrohlichkeit geht mit der Diffamierung einher, dass die „Probleme“ im Viertel, „Junkies“ und „Penner“, mit der Minderheit der Roma bebildert werden. Durch die Kameraeinstellungen auf die immer selbe Personengruppe aus unterschiedlichen Blickwinkeln wird das Gefühl einer bedrohlichen Anzahl suggeriert.

Und so geht es munter weiter. Nach einer Bild-Textfolge über Müll/Klagen über den Gestank/ Polizeiauto, wird auf den Text „...andere, die sich im Viertel breit machen“ wieder die Einstellung der Frau mit Rock und Kopftuch (siehe oben), auf ihrer Tasche sitzend, gezeigt. Die Restaurantbe-

sitzer sind „verzweifelt“; Romafamilien die musizieren, werden in versteckter, Gefahr signalisierender Handyoptik ins Bild gesetzt. Die Text- und Bildsprache entspricht dem rassistischen Stereotyp über Roma, das in dem Buch „Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit. Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation“ von Markus End analysiert wird. Bilderbuchmäßig.

Restaurantbesitzer und ein Ordnungspolitiker kommen zu Wort, aber kein Sozialverband im Viertel (z.B. Weser 5, Drogenhilfe oder Förderverein Roma e.V.), der die Situation der prekär Lebenden im Bahnhofsviertel kennt, wird befragt; es fehlt an journalistisch-kritischer Einordnung.

Und so schließt der „journalistische“ Beitrag: „Immerhin ist das Problem bei der Stadt angekommen“, im Bild wird dazu das „Problem“ gezeigt: Frauen in langen Röcken gehen über die Straße. Das Lehrstück in Anmaßung und Diffamie endet: „Das Frankfurter Bahnhofsviertel: Vielfalt und Andersartigkeit (!) sind hier willkommen— Störenfriede nicht.“ Und was sehen wir? Die oben beschriebene Handyaufnahme mit musizierenden RomamusikerInnen.

Festzuhalten ist: journalistische Sorgfalt und Ausgewogenheit findet nicht statt; rassistische Stimmungsmache und Parteinarbeit (für wen eigentlich?) feiert fröhliche Urständ; Herabsetzung von Minderheiten und Menschen in prekären Lebenssituationen ist bestimmend; eine verrohte Sprache so z.B. „Junkies“ anstatt Suchtkranke oder Drogenabhängige oder „Störenfriede“, bedient dumpfen Boden. Die Reporterinnen sagen und zeigen deutlich, wer hier nicht „willkommen“ ist.

Blind und taub zeigt sich dieser Beitrag in seiner Selbstgerechtigkeit und anmaßenden Kommentaren gegenüber der Diskussion über systemischen Rassismus. Weit über dem Atlantik wird er scharf in den Blick genommen, gegenüber einer deutschen und europäischen Minderheit wird er ungehemmt praktiziert.

Förderverein Roma e.V. & Hausprojekt NiKa, 17. Juli 2020

TERMINE

Bis 14. August

online Stoffel

21 Uhr, täglich auf youtube

Bis 9. September

Fotoausstellung „Terra“

Die Fotos von Sebastiao Salgado sind den Zigtausend Entwurzelten, Indigenen, Bauern und Tagelöhnern in Brasilien gewidmet, die überall im Land und in den Städten in Lagern am Straßenrand leben. Ihnen droht Völkermord – durch Corona und wirtschaftliche Ausbeutung. Geöffnet Mo-Fr 9 bis 17 Uhr, Sa + So 11 bis 17 Uhr. Haus am Dom, Domplatz 3

25. Juli Samstag

Freiräume verteidigen und zurückerobern!

Siehe S.4.

24-Stunden-Lauf für einen autofreien Mainkai

Aktuell ist der Main-Kai für Autos gesperrt. Viele Menschen wünschen sich hier eine attraktive Umgestaltung ohne Autos mit schönen Plätzen und viel Grün. Die Stadtpolitiker wollen dort jedoch leider ab dem 1. September wieder PKW und LKW fahren lassen. Wir wollen unserer Forderung „autofreier Main-Kai“ Nachdruck verleihen durch unseren 24-Stunden-Lauf. 15 Uhr bis 15 Uhr, Mainkai

26. Juli Sonntag

Sonntagscafé und Repair-Café

Offenes Haus der Kulturen.
15 Uhr, Campus Bockenheim

28. Juli Dienstag

online Was heißt das Kapital heute für das Wohnen?

Vortrag von Sebastian Schipper, Humanograph. In seinem Vortrag schaut er darauf, was wir vom Kapital lernen können um die Mietsteigerungs- und Verdrängungsprozesse in heutigen Großstädten zu verstehen. Wenn Wohnen zur Ware wird, gelten schließlich auch die Gesetze des kapitalistischen Marktes. Die Linke.SDS und Linksjugend [,solid]. zoom-Einwahllink: <https://us02web.zoom.us/j/86497631566> 17:00 bis 18:30 Uhr

TERMINE

28. Juli Dienstag

Der Frankfurter Börneplatz

Jüdische Geschichte von 1200 bis 1800. Öffentliche Führung durch die Dauerausstellung des Museums. Mitten in Frankfurt wurde der heutige Börneplatz zum Knotenpunkt jüdischen Lebens. In der Führung geht es durch die bewegte Geschichte dieses Ortes von den ersten Zeugnissen jüdischen Lebens im Mittelalter, über die Zeit der Judengasse; von der Zerstörung durch die Nationalsozialisten bis hin zum „Börneplatz-Konflikt“ um den Umgang mit den Zeugnissen jüdischer Geschichte in Frankfurt. 6 / 3 / 1 €. Bitte beachten Sie die Hygiene-Vorschriften.

18:00 bis 19:00 Uhr, Museum Judengasse, Battonnstr. 47

***online* Sündenböcke und Verschwörungstheorien**

Spaltet Corona die Gesellschaft? Online-Gespräch mit Nicole Deitelhoff, Leiterin des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Die Wucht, mit der die Corona-Krise andere Themen beeinflusste und verdrängte, ist enorm. Das Virus verbreitete sich schnell über den gesamten Globus und Versuche der Eindämmung führten weltweit zu massiven Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten. Social Distancing ist auch der neue Modus des Zusammenlebens in Deutschland, während sich eine deutliche Rezession abzeichnet. Das sind erhebliche Stressfaktoren für den innergesellschaftlichen Frieden. Das zeigt sich auch in den Reaktionen auf die von der Regierung eingeführten Einschränkungen des öffentlichen Lebens: wo zunächst weitgehend Konsens über ihre Notwendigkeit bestand, wuchs nach und nach die Kritik.

Die zunehmende Unsicherheit gegenüber den alltäglichen Restriktionen bildete den Nährboden für eine Welle von Verschwörungstheorien. Gleichzeitig versteht es die radikale Rechte, die Proteste gegen die „Corona-Diktatur“ für ihre Zwecke zu nutzen. Moderation: Andreas Schwarzkopf (FR). Livestream auf unserem Youtube-Kanal: boell-hessen.de/YouTube
19:00 Uhr

1. August Samstag

Mahnwache für Julian Assange

Wir finden uns in Frankfurt ein, um für den unschuldig inhaftierten Investigativjournalisten und Gründer von Wikileaks einzustehen.

Wir fordern die Einhaltung der Menschenrechte und die Freilassung von Julian Assange. Bitte mit Mund-Nasen-Schutz und Abstand! Free Assange Frankfurt.
12:00 bis 14:00 Uhr, Brockhausbrunnen, Zeil

Aus dem „Bericht der Bewohner über die Zustände in der Geflüchtetenunterkunft Bonames“

Die Flüchtlingsunterkunft in Bonames wurde am 7.6.2016 ursprünglich für zwei Jahre gegründet. Hier leben 53 Familien, insgesamt etwas mehr als 333 Personen, davon mindestens 146 Kinder aus verschiedenen Nationen. ... Die größten Probleme entstanden jedoch ab Anfang 2019 und nach der Renovierung. Nach der Renovierung hatten viele kein warmes Wasser mehr, viele mussten oft zwischen einzelnen Wohnungen umziehen. Wir haben kein funktionierendes Internet, die Mitarbeiter von der Diakonie jedoch schon. Die Diakonie, welche für unsere Unterbringung beauftragt ist, drohte uns an, die Unterbringung zu kündigen, wenn wir uns beschwerten würden. Das ist auch mit zwei Familien passiert; Sie haben in Frage gestellt, warum sie wegen den kleinen Umbauarbeiten drei Mal umziehen sollten. Beide Familien wurden aus der Unterkunft geworfen. Nach dem Vorfall haben viele Angst gehabt, Probleme mit dem Wasser, den Waschmaschinen, mit der Hygiene, Krankheiten etc. anzusprechen.

Vor etwa zwei Jahren ist die Krätze ausgebrochen, die Diakonie ist seitdem auch informiert, hat das jedoch nicht an das Gesundheitsamt weitergegeben. Viele Wohnungen sind feucht, es gibt teilweise Schimmelprobleme, die nach der Renovierung sogar zunahmten. Dabei bekommt die Diakonie für die Unterbringung von der Stadt sehr viel Geld.

Nach der Renovierung verlangte die Diakonie, dass es bei uns wöchentliche Wohnungskontrollen gibt. Die Kontrollen sollten dem Zweck dienen, kaputte Sachen in der Wohnung zu entdecken, die Schäden und Mängel wurden jedoch nur sehr selten oder sehr sporadisch behoben. In einer Versammlung hat die Diakonie uns gesagt, dass die Herde mit vier Platten aufgrund einer Brandgefahr raus müssen, die kleinen könnten bleiben. Die kleinen Herde mit nur zwei Platten, reichen uns jedoch nicht, um für die Familie zu kochen. Später wollten sie, dass wir auch die kleinen Herde abgeben. Wir haben uns mehrmals bei der Diakonie beschwert, die jedoch stets erwiderte, dass die Verantwortung bei der Stadt liege.

Am 10.Juni haben wir eine kleine Demonstration in Bonames abgehalten, ohne Ergebnis. Aufgrund des Stresses haben viele von uns Panikattacken bekommen, das kommt jetzt regelmäßig vor. Die Mitarbeiter von der Diakonie bezeichneten das als „Theater“. Statt Hilfeleistungen wurde als Reaktion ab dem 12.Juni unser Camp von Securitys umstellt, um „für Sicherheit zu sorgen“. Mittlerweile sind es etwa 20 Securitys, welche rund um die Uhr anwesend sind und uns teilweise eingeschüchtert und bedroht haben. Beispielsweise haben sie sich gegenüber einer im achten Monat schwangeren Frau aggressiv verhalten,

Am 15.Juni gab es ein erstes Treffen mit Vertretern von der Stadt und dem Herrn Heinz, Herrn Franz, Sabine und Linda von der Diakonie. Aus irgendeinem Grund saß auch die Polizei mit am Tisch. Wir nannten unsere Probleme, dass warmes Wasser, Strom und WLAN mangelt beispielsweise. Die Stadt teilte uns dort mit, dass die Stromprobleme schon lange bekannt seien, jedoch haben sie nichts unternommen. Sie sprachen mit uns sehr beschwichtigend, haben uns jedoch keine konkrete Hilfe angeboten. Zitat: „Es ist so wie es ist“ und „wir können euch keine Wohnungen zaubern.“ In dem Gespräch wurde uns trotzdem angeboten, dass wir uns in einer Woche nochmal treffen, um eine Lösung zu finden. Am 22.Juni sind wir wieder dahin gegangen, wir haben über mehrere Punkte gesprochen: Bezüglich der Herde gäbe es angeblich keine Lösungen, wir sollen uns absprechen wann wir duschen sollen (zwei Mal die Woche soll reichen, sagen sie), wir sollen keine elektrischen Geräte wie Laptops und Fernseher gleichzeitig anschalten. Sie haben uns widersprochen, dass es kein WLAN gibt, auf das Angebot es selbst zu prüfen, sind sie nicht eingegangen. Die Bilder davon, dass unsere Nachbarn Krätze haben, wollten sie nicht sehen; die Kinder sollen nicht so viel draußen spielen. Generell wurden eher uns Vorwürfe bezüglich der Situation gemacht, statt Lösungsvorschläge zu bieten. Uns wurde gedroht, dass wenn wir uns weiter beschwerten würden, es jetzt sofort auch schlechtere Unterkünfte für uns gibt. Am selben Tag haben wir eine Demonstration vor der Unterkunft abgehalten.... Am 2. Juli um 5 Uhr morgens wurde die, wir wiederholen es, im achten Monat schwangere Frau Yusefi mitsamt Familie sowie Frau Rashid mit Familie von einem großen Polizeikommando sehr grob aus deren Wohnungen gezogen, ohne klopfen, ohne Vorankündigung. Etwa 10 Polizisten stürmten die Wohnung von Frau Yusefi, etwa 50 warteten im Hof. Die Diakonie hat den Polizisten den Schlüssel gegeben. Frau Yusefi, welche natürlich zu der Uhrzeit schlief, wurde nicht gestattet, sich richtig zu kleiden und ein Kopftuch anzuziehen.

Die zwei Familien wurden nicht zufällig gewählt. Frau Rashid und Frau Yusefi haben mit vielen Bewohnern über die Situation gesprochen und sie bestärkt, für ihre Rechte einzustehen. Sie haben Hausverbot bekommen. Für uns ist eindeutig, dass es sich um eine Abschreckungsmaßnahme handelt. Leider hat das funktioniert.

Am 10. Juli teilte uns die Stadt morgens mit, dass alle Herde aus den Wohnungen raus müssen. Die Übersetzer haben sich versprochen und sagten, dass alle elektrischen Geräte raus müssen. Es kam wie die vergangenen Tage zu mehreren Panikattacken, die

Sicherheitsleute haben nicht geholfen oder Hilfe gerufen. Die Herde auf dem Gelände wurden eingesammelt. Wir sind uns bewusst über die existierenden Stromprobleme, jedoch wird uns keine Alternative angeboten. Wir hatten mehrere Rückfragen, die Lage war insgesamt sehr unklar. An dem gesamten Tag hat Herr Dörr nicht mehr versucht mit Dolmetschern mit uns zu sprechen. Als wir versuchten, ihn mit der Situation zu konfrontieren, kamen viele Polizisten mit Helmen und Schlagstöcken, Herr Dörr hat sich hinter sie gestellt. Gegen 17 Uhr haben alle Diakoniemitarbeiter das Gelände verlassen. Die Polizisten machten eine Reihe und ließen uns nicht durch, auch wenn wir zur Arbeit mussten. Spaziergänger durften passieren. Die Lage zog sich über mehrere Stunden. Jegliche Vermittlungen liefen nur über anwesende Aktivisten, die versucht hatten, uns zu helfen. Obwohl wir Leute mit elektronischen Beatmungsgeräten, Patienten mit Medikamenten, welche gekühlt werden müssen und Milch für Neugeborene vor Ort haben, wurde uns abends der Strom abgestellt. Das wurde nicht einmal richtig

kommuniziert. Der Strom würde erst wieder angestellt werden, wenn alle Kochgeräte, auch Mikrowellen, aus den Wohnungen raus sind. Statt mit uns zu reden, wurde so Druck auf uns ausgeübt. Einigen Familien wurde ein kurzfristiger Umzug in Hotels angeboten. Es wurde zwar gesagt, dass dort ausreichend Platz sei, die Familien, die das Angebot annahmen, berichteten, dass ihnen für 7 Personen nur ein Zimmer gebucht wurde. Am Ende wurden für uns alle nur 6 Herdplatten zur Verfügung gestellt, bis heute. Wir sind 333 Personen. Als alle Herde raus waren, wurde etwa um Mitternacht der Strom wieder angestellt.

Wir fordern:

1. Eine menschenwürdige Unterbringung, wir wollen nicht in Lagern leben! Sofortiges Handeln.
2. Ausreichende Kochmöglichkeiten!
3. Warmes Wasser, ausreichend Strom, funktionierendes WLAN!
5. Keine Securitys!
6. Sprecht mit uns, nicht über uns!

Die Bewohner der Geflüchtetenunterkunft in Bonames, Frankfurt, den 15.07.2020

TERMINE

3. August Montag

Offenes Plenum Centro Frankfurt

Wir laden wieder zum offenen Plenum im Hinterhof des Centros ein, unter freiem Himmel und mit 1,5 m Abstand. Falls das Plenum witterungsbedingt nicht draußen stattfinden kann, checkt bitte kurzfristig unsere Facebook-Seite: <https://de-de.facebook.com/centroffm/>
19:00 Uhr, Centro, Alt-Rödelheim 6

Das Gallusviertel in der Zeit des Nationalsozialismus

Stadtrundgänge „Auf den Spuren von Hans Frick“, Teil 1. (Teil 2 am 09.08. und Teil 3 am 16.08.) Die Rundgänge führen auf die Spuren des Romans „Die blaue Stunde“ des Frankfurter Schriftstellers Hans Frick. Er hat mit seinem Roman ein wichtiges Dokument der NS-Zeit im Gallus hinterlassen. Es wird eine Zeitreise zurück in das Gallus der NS-Zeit auf den Spuren des jungen Hans Frick. Er wurde 1930 als unehelicher Sohn einer Arbeiterin und eines jüdischen Kunsthändlers geboren und damit für die Nazis ein sogenannter Halbjude. Führung mit dem Historiker Thomas Sock.

Die Stadtgänge werden in Kooperation mit der AWO-Gallus angeboten. Wir bitten, anstatt eines Kostenbeitrags, eine Spende für die Schulranzenaktion der AWO-Gallus. Förderverein für die Errichtung einer Gedenk- und Bildungsstätte KZ-Katzbach. Anmeldung an ov.gallus@awo-frankfurt.de.

19:00 Uhr, Haus Gallus, Frankenallee 111

6. August Donnerstag

Hiroshima warnt!

Mahnwache und Kundgebung anlässlich des 75. Jahrestages der Atombombenabwürfe durch die USA auf Hiroshima und Nagasaki vor der Gefahr eines Atomkrieges und für das Verbot aller Atomwaffen und den Abzug der in Büchel lagernden Atomraketen. Wir fordern: • US-Atomwaffen aus Deutschland abziehen statt atomare Teilhabe der Bundeswehr! • Geld für das Gesundheitswesen statt für neue Kampfjets! • Dem UN-Atomwaffenverbotvertrag beitreten – Atomwaffen ächten und abschaffen!

Die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Internationale Kampagne für das Verbot aller Atomwaffen (ICAN) hat einen Städteappell auf den Weg gebracht, mit der Forderung, den Atomwaffenverbotvertrag zu unterstützen. Es haben bei uns bereits die Stadtparlamente von Offenbach, Darmstadt, Mainz und Maintal diese Forderung unterstützt. Wir appellieren an Frankfurt, sich diesem Appell anzuschließen! Friedens- und Zukunftswerkstatt u.a.

17:00 Uhr, Paulsplatz

Erfolg für rumänische Sexarbeiterin: Frankfurter Jugendamt muss Baby zurückgeben!

Über mehrere Wochen hielt in Frankfurt das unwürdige Tauziehen um das Schicksal eines Neugeborenen und seiner Mutter an. Es war ein ungleiches Kräftemessen. Auf der einen Seite die verzweifelte Mutter, eine in Frankfurt lebende Sexarbeiterin mit Roma-Hintergrund. Auf der Gegenseite die geschlossene Phalanx von Uni-Klinik, Jugendamt, Besondere Dienste 3 (Sozialamt) und Jobcenter, die der Mutter rechtswidrig ihr Kind wegnahmen und es als Faustpfand einsetzten: Kind zurück, wenn die Mutter ein kostenloses städtisches Rückkehr-Ticket nach Rumänien in Anspruch nimmt und samt Kind ausreist - oder Kind in Pflegefamilie!

Angenommen seien die Wohnverhältnisse und die finanzielle Situation der Mutter ungeklärt und die behördliche Inobhutnahme des Kindes im Interesse des Kindeswohls unumgänglich. Doch die vom Jugendamt vorgebrachten Gründe waren an den Haaren herbeigezogen: Die Mutter verfügte über eine solide Wohnunterkunft und sofern die finanziellen Verhältnisse unklar waren, lag es einzig und allein am Jobcenter, das die Auszahlung des der Mutter rechtlich zustehenden ALG II unter immer neuen Vorwänden hinauszögerte.

Auch die vom Jugend- und Sozialamt bemühte Ausrede, die Mutter hätte gar keinen Anspruch auf ALG II, da sie keinen Arbeitsvertrag und keinen 5-jährigen Aufenthalt in Deutschland vorweisen könne, war nichts weiter als eine mutwillig bemühte Konstruktion, die den legitimen Rechtsanspruch von Frau S. mit Füßen trat.

Der Kindesentzug erwies sich vor diesem

Hintergrund als perfides Mittel, die Mutter unter Druck zu setzen, samt neugeborenem Kind umgehend das Land zu verlassen, was mit Mitteln des Ausländerrechts nicht mehr zu erreichen war.

Diesem unwürdigen Schauspiel setzte das Frankfurter Familiengericht gestern erfreulicherweise ein Ende. Es gab der Mutter Recht und sprach ihr wieder ihr Kind zu.

Dona Carmen e. V. hat Frau S. in dem Kampf um ihr Kind begleitet und tatkräftig unterstützt, hat für die notwendige mediale Öffentlichkeit gesorgt und so den Druck aufgebaut, um die Behörden auf den rechtsstaatlichen Weg zurückzubringen.

In die Freude über den Erfolg mischt sich jedoch die Sorge und Befürchtung, dass der jetzige Fall kein Einzelfall ist. Dafür gibt es eine Reihe von Anhaltspunkten. Zu routiniert und eingespielt haben die zuständigen Behörden gegen die Sexarbeiterin kooperiert, zu selbstgefällig hat man versucht, die legitime Rechtsposition der Mutter mit windigen Konstruktionen zu unterminieren.

Es kann nicht sein, dass es erst des Eingreifens von Dona Carmen e. V. bedarf, dass migrantischen Sexarbeiterinnen mit Roma-Hintergrund die Rechte gewährt werden, die ihnen von Gesetzes wegen zustehen.... Dona Carmen e. V. fordert eine Überprüfung und Offenlegung der bisherigen Ämterpraxis, die Klärung von Verantwortlichkeiten sowie Informationen darüber, wie das durch Behördenhandeln verursachte menschliche Leid sowie die im vorliegenden Fall aufgetretenen Rechtsbrüche in Zukunft verhindert werden können.

Dona Carmen, PM, 10. Juli 2020

Frankfurter Info 15 / 2020, 25. Juli 2020

Herausgeber: Leben und Arbeiten im Gallus und Griesheim (LAGG) e.V.

Das Frankfurter Info erscheint vierzehntäglich.

Jahresabonnement: 28,50 Euro inkl. Porto

Verein LAGG, IBAN: DE28 5019 0000 4302 1745 69

Frankfurter Volksbank, Verwendungszweck: Frankfurter Info

Druck und Versand: druckwerkstatt Rödelsheim

Redaktions- und Bezugsadresse:

eMail: redaktion@frankfurter-info.org

Info-Telefon: Ulla Diekmann 069 - 26 91 06 08

Termine, Meldungen und Artikel bitte an die Redaktionsadresse.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 3. August 2020

Verantwortliche Redakteurin: U. Diekmann

Frankfurter Info online: www.frankfurter-info.org

25. Juli, Samstag, 20 Uhr, Uhrtürmchen (Bornheim Mitte)

Demonstration: Freiräume verteidigen und zurückerobern!

FLINT* (Frauen, Lesben, Trans*- und Inter*-Personen, Nicht-binäre Personen) ONLY-Demo anlässlich der bevorstehenden Räumung der Liebig34, ein anarcho-queerfeministisches Hausprojekt in Berlin.

Wir haben am 8. März gemerkt, wie gut und empowerend es ist, sich als FLINT*s zu vernetzen und gemeinsam auf die Straße zu gehen. Sich die Räume und Plätze wieder zu nehmen, die vor allem in der Nacht von Cis-Männern dominiert werden und diese wieder zu unseren zu machen!

Nehmen wir uns zurück, was uns systematisch entzogen wird!

Gerade jetzt wird uns die gesellschaftliche Verdrängung immer mehr bewusst. Die staatlichen Corona-Maßnahmen, die die bürgerliche Kleinfamilie und ein weißes, traditionelles Öffentlichkeitsbild stärken, lassen FLINT*s trotzdem mit der Pflege- und Care-Arbeit auf miserablen Arbeitsbedingungen und Bezahlung sitzen. Die kapitalistische Wirtschaft ist abhängig von der Care Arbeit, die wir tagtäglich schlecht bezahlt oder unbezahlt leisten und doch gibt es nicht mehr als ein Klatschen oder einen Blumenstrauß als „Danke“. Unsere Befreiung muss die Überwindung des Kapitalismus miteinschließen!

#Stayhome ist ein Privileg und ignoriert die Gefahr, die für FLINT* vom Rückzug in den privaten Raum ausgeht, weil sie dort nicht in ihrer Lebensrealität akzeptiert werden oder Gewalt droht. Diese Individualisierung von gesellschaftlichen Problematiken tritt nicht nur auf dem Arbeitsmarkt auf, sondern begegnet uns täglich in den Medien, der Gesetzgebung und nicht zuletzt auch in den zwischenmenschlichen Beziehungen oder Zuhause.

Wir befinden uns in einem gesellschaftlichen Rechtrück, der schon vermeintlich gewonnene Kämpfe und Räume zunichte machen will. Rassistische Polizeigewalt, ein antifeministischer Backlash der nach traditionellen Rollenbildern ruft und gerade queeren Personen ihre Identität abspricht, ist etwas, was in unserer Gesellschaft gerade beobachtet werden kann. Das wollen wir nicht hinnehmen und der (neuen) Rechten nicht das Feld überlassen! Wir werden unsere Räume verteidigen und neue erobern! Wir kämpfen weiter um gemeinsam eine Handlungsfähigkeit zu entwickeln gegen die Zustände dieser Gesellschaft, denn wir haben keinen Bock mehr und streben weiter-

hin nach einem guten und schönen Leben für alle! Als Frauen, Lesben, Trans*- und Inter*-Personen, als nicht-binäre Personen haben wir mehr als genug Gründe wütend und laut durch die Straßen zu ziehen, um uns die Räume zurückzuerobern, die durch die männliche Norm in der Öffentlichkeit geprägt sind und von denen wir dadurch ausgeschlossen sind.

Unsere Perspektiven auf den Zustand einer Gesellschaft in der Menschen, die aus der cis-männlichen Norm fallen, weil sie nicht einer geschlechtlichen Binarität entsprechen oder deswegen auf Rollen verwiesen werden, finden häufig nicht genug Raum. Tagtäglich führen wir eine auslaufende Auseinandersetzung mit einem Gesellschaftssystem das kapitalistisch, patriarchal und rassistisch ist und physisch und psychisch gewaltvoll unterdrückend sein kann. Doch sind wir gerade dadurch nicht alle gleich betroffen und sind nicht frei von den Systematiken diskriminierenden Verhaltens, deswegen sind wir Betroffene aber auch immer wieder Diskriminierende. Das müssen wir einzeln aber auch kollektiv reflektieren, um zusammen einen solidarischen, wertschätzenden Umgang miteinander zu finden.

Wir danken unseren Freund*innen in Kurdistan, welche sich militant gegen den türkischen Faschismus verteidigen müssen. Sie zeigen uns, dass eine feministische Revolution keine Utopie darstellt, sondern im gemeinschaftlichen Leben und der autonomen Organisation zur Praxis werden kann. Unsere Gedanken sind auch bei den zapatistischen Frauen, welche gerade gezielt festgenommen und gefoltert werden, weil sie sich für den Erhalt der autonomen, basis-demokratischen Organisation in Mexiko einsetzen.

Wie verschieden die gelebten Realitäten und täglichen Kämpfe gegen patriarchale Strukturen auch sein mögen, sind diese als gemeinsamer Kampf zu verstehen, welcher auf der ganzen Welt geführt wird. Gerade Orte, an denen sich FLINT*s und Queers bereits autonom organisieren und ihren Lebensalltag auf den Kampf für eine befreite Gesellschaft ausrichten, werden systematisch angegriffen! Deswegen müssen (queer-)feministische Kämpfe immer internationalistisch gedacht werden!

Auch die bevorstehende Räumung der Liebig34, ein anarcho-queerfeministisches

Hausprojekt in Berlin, ist im Kontext patriarchaler Macht zu begreifen und ist ein Angriff auf alle (queer-)feministischen Strukturen und somit auch auf uns als widerständige FLINT*s. Solche Hausprojekte sind Safer Spaces, Räume die das Private politisieren und das schöne Leben erproben. Das können und wollen wir nicht verlieren und senden mit der Demo kämpferische Soligrüße an unsere widerständigen Genoss*innen nach Berlin! Auch an die Gefährt*innen in der Rigaer Straße, die sich gerade wieder regelmäßigen Angriffen von (Hilfs-)Bullen ausgesetzt sehen und ihre Räume verteidigen!

Mit der Demo wollen wir die Isolierung von FLINT*s aufbrechen und alle FLINT*s dazu einladen uns die Räume und die Straße gemeinsam zurückzuholen, die uns genommen wurden. Wir wollen uns gegen die cis-männliche Norm wehren, die uns sagt, dass es keinen Platz für uns gibt und wenn wir doch versuchen ihn uns zu nehmen uns durch Gewalt verdrängt. Sei dies mit widerlichen Sprüchen oder dummen Blicken. Vor allem in Alt-Sachsenhausen ist das leider immer noch der Regelfall. Diese Norm bedeutet für uns, dass wir immer wieder an diese Orten zurückkommen und unserer Wut über die Objektifizierung und Sexualisierung weiblich gelesener Personen, sowie das misgendern und ständige Erfragen des vermeintlich binär (zweigeschlechtlich?)gedachten Geschlechts queerer Personen Ausdruck verleihen werden! Wir waren schon immer da, wir waren schon mal hier und wir werden wiederkommen!

Die Unterdrückung von FLINT*s und Queers ist Bestandteil des Alltags von jede*r von uns, deshalb gehen wir nicht nur an einem bestimmten Datum auf die Straße um unsere Wut sichtbar zu machen! Deswegen wollen wir uns mit einer Demo, nur für FLINT*, wütend und kämpferisch die Straßen von Frankfurt zurückholen. In Solidarität als FLINT*, für gegenseitiges Empowerment und gemeinsame Handlungsfähigkeit werden wir auf die Straße gehen. Wir sind wütend, wir sind laut, wir sind kämpferisch! -Deshalb bringt eure Freund*innen mit und lasst uns am 25.07. gemeinsam die Straßen zurückerobern!

Bringt Masken, Handschuhe mit, achtet auf 1,5m-Abstand. Kinderbetreuung unter: kinderbetreuungffm2507@riseup.net